

An das
Regierungspräsidium Kassel
34112 Kassel

Burghaun, 29.08.2019

**Bürgerinitiative KIEBITZGRUND*aktiv* zu:
Bahnprojekt ABS / NBS Fulda-Gerstungen – Antragskonferenz 14.08.2019**

Die Bewohner der Marktgemeinde Burghaun / OT Schlotzau sind aufgrund der Ausweitung des vorläufigen Suchraums für das Vorhaben der DB Netz AG mit dem Projektnamen ABS/NBS Fulda-Gerstungen, von der Planung erst seit kurzem direkt betroffen. Im Rahmen der Antragskonferenz in Bad Hersfeld konnten wir erste Eindrücke der bisherigen Tätigkeiten der Gesprächs- und Arbeitsgruppen sammeln. Offensichtlich war durch Intervention der Bürgerinitiativen aus dem Raum Bad Hersfeld (die von Beginn an in die Gespräche einbezogen waren) der Suchraum Richtung Süden erweitert worden.

Das Zeitfenster von 10 Tagen nach Abschluss der Antragskonferenz war aufgrund der umfangreichen Unterlagen für uns leider zu kurz, um eine erste differenziertere Stellungnahme abzugeben. Dennoch sehen wir uns veranlasst, unseren Standpunkt ebenfalls in die Diskussion einzubringen und möchten künftig im Rahmen der weiteren Öffentlichkeitsbeteiligung unsere regionalen Interessen vertreten.

Bereits der Bau der Schnellbahnstrecke 1733 war für den Kiebitzgrund und die betroffenen Ortschaften (Langenschwarz, Hechelmannskirchen, Großenmoor, Schlotzau) mit erheblichen Belastungen und schweren Eingriffen in das natürliche Landschaftsbild verbunden. Erst nach Jahrzehnten hat sich die Natur einigermaßen von den Baumaßnahmen erholt. Die Lärmbelästigung für die Ortschaften ist geblieben.

Immer wieder steht der Kiebitzgrund im Fokus großer Planungsverfahren sodass wir inzwischen durchaus von einer absehbaren Überbündelung in unserem ländlichen Raum sprechen können. Bislang tangieren uns die Schnellbahnstrecke 1733 inklusive Stromleitung der DB Netz AG, die Autobahn A7, die GASCADE Gasleitung und ein Windvorranggebiet. Unsere Region liegt im Untersuchungsraum für die geplante 380kV Stromtrasse P43/P43mod von Mecklar nach Grafenrheinfeld bzw. Urberach. Jetzt betrifft uns der Suchraum des Vorhabens ABS/NBS Fulda-Gerstungen.

Die Einbindung der Öffentlichkeit durch frühe Beteiligungsmöglichkeiten ist zwar lobenswert, allerdings nur dann, wenn wichtige Entscheidungen nicht vor Beginn des offiziellen Planungsverfahrens getroffen werden. Damit alle Betroffenen die gleichen Chancen zur

Stellungnahme haben und gleiche Rahmenbedingungen für alle gelten, sollte der Suchraum in den Vorplanungen zum Raumordnungsverfahren prinzipiell noch nicht eingeschränkt werden. Das würde bei diesem Projekt bedeuten, dass Fulda den Ausgangspunkt des Untersuchungsrahmens bilden müsste, da hier der Streckenabschnitt Fulda-Gerstungen beginnt.

Der Kiebitzgrund war zeitweise auch von den Planungen zur HGÜ-Trasse SuedLink betroffen. Hier wurden im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wichtige Raumwiderstände ermittelt, die letztendlich zu genügend Ausschlusskriterien für die Stromtrasse (bei Freileitung und Erdverkabelung) geführt hatten. Diese werden für den Suchraum zur Bahnstrecke ebenfalls relevant sein und sollten daher rechtzeitig eingeordnet werden.

Zu erwartende Belastungen für den Kiebitzgrund u.a.:

- Die beabsichtigte Kapazitätserweiterung im Bahnverkehr wird gleichzeitig – obwohl man noch nicht darüber spricht - mit dem Bau einer zusätzlichen Stromleitung verbunden sein.
- „Ausfädelung“ bedeutet den Bau eines neuen Streckenabschnittes und somit erneut einen massiven Eingriff in die Natur (siehe Schnellbahn 1733), die negativen Auswirkungen können durch Ausgleichsmaßnahmen nicht mehr kompensiert werden.
- Störung oberflächennaher Wasserführung und Veränderung des Grundwasserspiegels, Wasserschutzgebiete sind gefährdet
- Geländeprofile werden verändert, natürliche Lebensräume zerstört
- Zerschneidung und Isolation von bestimmten ortstypischen Populationen
- Durch Abholzung verändert sich das Bestandsinnenklima des Waldes, der anfälliger für Windbruch, Sturmschäden, etc. wird.
- Schutzwürdige Vegetationen und erhaltenswerte Kleinstrukturen werden zerstört
- Baumaßnahmen konterkarieren Natur- und Landschaftsschutz
- Naherholungsraum wird durch die Baumaßnahmen zerstört
- Lärmentwicklung erhöht sich drastisch
- überproportionale Belastungen des Wohnumfeldes
- Verbrauch an landwirtschaftlicher Fläche
- ...

Die Planungen der DB Netz AG beruhen teilweise auf veralteten Unterlagen. Eine Abfrage zur Biodiversität bei den zuständigen Naturschutzbehörden ist zwar unerlässlich, kann aber nur als Ausgangssituation gewertet werden, da keine aktuelle Bestandserfassung vorliegt. Nur dem ehrenamtlichen Engagement der örtlichen Vereine ist es zu verdanken, dass zumindest Sichtungen und regelmäßige Beobachtungen bedrohter Arten dokumentiert sind.

Da Einwendungen und Bedenken von Seiten der Öffentlichkeit bzw. der direkt vom Bauvorhaben betroffenen Bevölkerung erst im Raumordnungsverfahren bzw. im Planfeststellungsverfahren geäußert werden können, handelt es sich offensichtlich nur um ein Anhörungsrecht. Im Vorfeld – die Antragskonferenz in Bad Hersfeld hat dies verdeutlicht - stellt ein kleiner Kreis „Auserwählter“ bereits die Weichen. Es werden Fakten geschaffen, die einen Einspruch derer, die am meisten belastet, aber keinen direkten Nutzen durch diese Aus- und Neubaumaßnahmen haben werden, als zweitrangig bzw. nicht relevant erscheinen lässt.

Es ist unbestreitbar, dass durch eine Stärkung des Bahnverkehrs ein wichtiger Beitrag zu mehr Klimaschutz geleistet werden könnte. Allerdings darf dabei nicht aus rein wirtschaftlichem Interesse die Zerstörung intakter Ökosysteme in Kauf genommen werden. Natur zerstören um Natur zu schützen? Es fragt sich, ob alle Optionen zur Optimierung des bestehenden Bahnverkehrs ausgeschöpft wurden bzw. werden. Nur mit einem transparenten und nachvollziehbaren Projekt- und Prozessmanagement kann ein zukunftsfähiges Konzept für den Schienenverkehr entwickelt werden.

Seit Jahren steht die Deutsche Bahn in den Negativschlagzeilen. Der Sanierungsbedarf ist unübersehbar und trotz sprudelnder Steuereinnahmen und florierender Wirtschaft wurde auch von Seiten der Politik die Verkehrswende schlichtweg verschlafen. Dass der Bundesrechnungshof derzeit die Rechtmäßigkeit von Beraterverträgen der Bahn mit ehemaligen Konzernvorständen (immerhin 500 Millionen Euro) prüft ist bezeichnend für die aktuellen Missstände. Zukunftsszenarien haben keinen Bestand, wenn sie dem Alltagstest nicht standhalten. Fehlentscheidungen haben bereits in der Vergangenheit Milliarden an Steuergeldern verschlungen.

Begründet werden die Planungen zum Bahnprojekt ABS/NBS Fulda-Gerstungen u.a. mit einer verkürzten Fahrzeit von ca. 10 Minuten. Die Tatsache, dass es bundesweit täglich zu erheblichen Fahrplanverzögerungen kommt und zwar aus den unterschiedlichsten Gründen (von fehlenden Lockführern bis Unwetterschäden), lässt diese Argumentation fast anmaßend erscheinen. Der Bundesverkehrswegeplan dient zwar als Grundlage der Planungen, aber nicht einmal die dringendsten Projekte (siehe Rheinstalstrecke) wurden bisher in Angriff genommen.

Wenn man gleichzeitig Rentnern am Bahnsteig beim Einsteigen behilflich sein muss, da sie selbständig die Rampe nicht überwinden können, oder „Fahrgäste“ an Bahnhöfen teilweise keine funktionierenden Toilettenanlagen vorfinden, dann fragt man sich nach den Prioritäten der Verantwortlichen bei ihren Überlegungen Bahnfahren attraktiver und kundenfreundlicher zu gestalten.

Da wir nun unmittelbar durch die ABS/NBS Fulda Gerstungen betroffen sind, beabsichtigen wir, uns künftig in die Diskussion zum Thema Schienenverkehr verstärkt einzubringen. Wir hoffen, dass das zuständige Regierungspräsidium Kassel unsere Einwendungen ernst nimmt und bei der Erstellung des Unterrichtungsschreibens an die DB Netz AG bzw. im Rahmen des anstehenden Raumordnungsverfahrens berücksichtigt.

Maria Quanz

Sprecherin KIEBITZGRUNDaktiv